

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1821**

31.12.1821 (Nr. 361)

# Karlsruher Zeitung.

Nr. 361.

Montag, den 31. Dez.

1821.

Deutsche Bundesversammlung. (Nachtrag zu dem Protokollauszug der 33. Sitzung am 13. Dez.) — Frankreich. (Pairs- und Deputirtenkammer.) — Rußland. — Türkei.

## Deutsche Bundesversammlung.

Hier folgen nachträglich einige der kürzern Erklärungen der H. H. Bundestagsgesandten auf den Vortrag der königl. preuß. Gesandtschaft in der 33. Sitzung am 13. Dez. Oestreich glaubt sich um so mehr auf seinen in der letzten Sitzung gemachten Antrag beziehen zu müssen, als derselbe durch die so eben erhaltene Anzeige von wirklich erfolgter Genehmigung der Elbeschiffahrtsakte vollkommen gerechtfertigt werde; sollten gegen Erwarten auch bei dem veränderten Stande dieser Angelegenheit noch besondere Beschwerden erhoben werden, so würde die hohe Bundesversammlung dieselben neuerdings zu erwägen, und nach eingelangten Instruktionen darüber zu beschließen haben; eben daher dürfte aber auch nicht mehr angemessen befunden werden, es bei dem in der jüngsten Sitzung festgesetzten Termin bewenden zu lassen. — Hannover: Da die sofortige Beurtheilung des Vorgetragenen, nach der bloßen Verlesung, nicht mit der erforderlichen Würdigung aller berührten Gegenstände möglich ist, die Absicht desselben auch nur darauf gerichtet seyn wird, dasselbe für eine künftige Gesetzgebung darzustellen, nicht zu dem Endzwecke einer Anwendung auf die vorliegende Sache, oder einer Veränderung ihres gegenwärtigen Standpunktes, so nehme ich daraus allein die Hoffnung einer Beendigung derselben im Wege gütlicher Vereinigung, ohne mir über den Inhalt ein Urtheil anzumassen, und stimme mit voller Ueberzeugung dem königl. sächsischen Votum bei, auf Aufrethaltung des in letzter Sitzung beschlossenen Termins, innerhalb welchem die Beendigung der Sache durch Uebereinkunft eben so sehr zu wünschen, als zu erwarten ist. — Baden: Aus der von dem kön. preussischen Herrn Bundestagsgesandten abgegebenen Erklärung entnimmt der Gesandte mit besonderm Vergnügen, daß der in Frage stehende Streit in der Hauptsache geendigt ist, oder daß wenigstens sein Gegenstand eine solche Veränderung erlitten hat, daß die Dazwischenkunft dieser hohen Versammlung in der Art, wie sie früher beschlossen war, nicht mehr nöthig werden dürfte. Da

nun aber die in Dresden abgeschlossene Uebereinkunft bereits den 1. künftigen Monats in Kraft tritt, so glaubt der Gesandte nicht, daß der früher gesetzte Termin, der erst in der Mitte künftigen Monats, mithin zu einer Zeit zu Ende läuft, wo keine Veranlassung zur Abstimmung mehr vorhanden seyn wird, wieder aufzuheben seyn möchte. Wenn übrigens der königl. preussische Herr Bundestagsgesandte darauf anträgt, daß von dem bei dieser Gelegenheit beobachteten Verfahren, Veranlassung genommen werden möge, das Verfahren in Streitigkeiten der Bundesglieder unter einander im Allgemeinen einer neuen und gründlichen Prüfung zu unterwerfen, so hält sich der Gesandte um so mehr für verpflichtet, sich diesem Wunsche ausdrücklich und auf das angelegentlichste anzuschließen, als er bei einer ähnlichen Gelegenheit in der 12. diesjährigen Sitzung ganz das gleiche Ansinnen an die hohe Bundesversammlung zu stellen und zu entwickeln hatte, wie nothwendig es sey, alle schwankende aus der Gesetzgebung über das Austragalsverfahren zu entfernen, damit hierunter nicht diejenigen hohen Bundesglieder leiden möchten, welche gerade, weil sie im Streite befangen sind, auch die meiste Berücksichtigung zu verdienen scheinen. Wenn sich hingegen die königl. preussische Erklärung über die Bestimmungen der Wiener Kongressakte in Bezug auf die Flußschiffahrt verbreitet, und wenn hierbei Ansichten aufgestellt werden, durch welche das Interesse der großherzoglichen Regierung unmittelbar betroffen werden könnte, so glaubt der Gesandte sich dieselben um so weniger aneignen zu dürfen, als ihm bekannt ist, daß von seiner höchsten Regierung bei andern Gelegenheiten hiervon abweichende Behauptungen aufgestellt worden sind. — Kurhessen: Die im Eingange der königl. preussischen Erklärung gegebene Hoffnung, daß durch den Vollzug der Elbeschiffahrtskonvention die Beschwerden des hohen Gesammthaus Anhalt für die Zukunft werden erledigt werden, kann dieser ganzen Versammlung nicht anders als erwünscht seyn. Bis jedoch herzogl. anhaltischer Seits die Beschwerde zurückgenommen, und die Bundesversammlung von der Berathung über deren Erledigung

entbunden wird, scheint es bei den zeitlichen Beschlüssen verbleiben zu müssen. Daß diese hohe Versammlung durch jene Beschlüsse die Gränzen ihrer Kompetenz überschritten, und den Standpunkt der Sache verrückt habe, davon vermag man sich nämlich diesseits nicht zu überzeugen. Da übrigens vorzüglich der Beschluß in der 27. Sitzung königl. preussischer Seite aus diesem Grunde angefochten wird, und derselbe ganz nach dem gutachtlichen Antrage der in der 26. Sitzung gewählten Kommission gefaßt worden ist, so dürfte, nach einem ähnlichen Vorgänge, jene Kommission aufzufordern seyn, ihren Antrag gegen die preussischen Anschuldigungen zu rechtfertigen. Gegen die Behauptung, daß die Bestimmungen der Wiener Kongreßakte über die Schiffahrt auf den deutschen Strömen noch keine dispositiven Gesetze, sondern bloß Materialien zu den künftigen Konventionen unter den Beherrschern der Stromgebiete enthielten, muß man sich auch diesseits bestens verwahren. — Die freien Städte, Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg: Der in der jüngsten Sitzung gefaßte Beschluß hatte die Erledigung der Sache zum Zweck; es dürfte also bei dem bestimmten Termin zu belassen seyn, da während desselben jene vollständig dargelegt werden kann. — Preussen erwiederte auf diese und die übrigen Erklärungen: Die Gesandtschaft behält sich das Recht weiterer Aeußerungen nach Massgabe künftiger Instruktionen vor, und kann nach der so eben verlesenen Erklärung ihres Hofes nur der Ueberzeugung seyn, daß jede Veranlassung zur weitem Erörterung der von Uahaltköthen erhobenen Beschwerde mit dem angezeigten Abschlusse der Elbeschiffahrtsakte wegfällt, und muß demnach die Aeußerung, der sie sich, in Erwartung ihrer Instruktionen in letzter Sitzung, in Betreff des Beschlusses der Prorogation des Abstimmungstermins aussprechen, daß sie die Nothwendigkeit dieser Prorogation als einer dem noch brabstichtigten fernern Beschäftigung mit dem hier jedenfalls nunmehr erledigten und cessirenden Gegenstande, weder einzusehen noch anzuerkennen vermöge, sich gegen jede Hindeutung auf Entscheidung in einem oder dem andern der in der Verabredung im 27. Protokolle aufgestellten Wege, in so weit überhaupt eine Fortsetzung des Gegenstandes hier noch gedenkbar, verwahren müsse, und überall an einer weitem Erörterung nicht Antheil nehmen könne, deren Gegenstand, so wie er aufgestellt worden, nach Materie und Form zu widersprechen, sie sich verfassungsmäßig schon früher genöthigt gesehen hat, und in Folge der verlesenen Erklärung und nach ganz veränderter Lage des Beschwerdeobjekts nun noch entschiedener verpflichtet ist.

### Frankreich.

Paris, den 27. Dez. Die Pairskammer hat gestern Sitzung gehalten, worin ihr durch den Finanzminister der Gesetzentwurf wegen provisorischer Erhebung der drei Zwölftel der Grundsteuer u. vorgelegt wurde.

Die Kammer prüfte sogleich vorläufig in ihren Bureau diesen Entwurf, und verwies ihn dann zu näherer Prüfung und Berichtserstattung an eine, aus dem Grafen Mollien, dem Herzoge de Levis, dem Grafen de Villemanzy, dem Marquis de Talary und dem Herzoge de Narbonne bestehende Kommission. — In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer, die erst um 2 Uhr Nachmittags eröffnet werden konnte, obgleich der Präsident schon seit 1 Uhr auf seinem Sessel Sitz genommen hatte, wurden mehrere, im Ganzen wenig erhebliche Berichte im Namen der Petitionskommission erstattet. Die hierauf fortgesetzte Wahl eines zweiten Vizepräsidenten fiel auf den Deputirten Chabrol de Couzol. Nach Beendigung der öffentlichen Sitzung berathschlagte die Kammer in geheimem Ausschusse. Die nächste öffentliche Sitzung ist auf den 29. d. festgesetzt.

Hier sind einige Stellen aus der Rede des Deputirten de Sorcelles gegen die provisorische Steuererhebung in der Sitzung der Deputirtenkammer am 24. d.: Meine Herren, allgemein schrie man schon in vorigen Jahren gegen die ungeheure Größe des Budget; dies Jahr sehen wir unsere Ausgaben sich vermehren, ich möchte sagen, im umgekehrten Verhältniß zu unserer Lage; denn wir sind im völligen Frieden, und nach siebenjährigen Opfern war man uns Ersleichterung schuldig. Natürlich konnte das wiederholte Begehren von Provisorien und die außerordentliche Erhöhung der Auflagen die Nation nicht betrüben, ohne zuweilen die kühnen Pläne (andere würden sagen, die Genüsse) der verschiedenen, vor unsern Augen vorübergegangenen Ministerien, wenn auch nur wegen des Unbestimmten der Verantwortlichkeit, zu stören. Wie wenige haben auch die täuschenden Versprechungen, die Griffsanstrengung, die ihnen eine sehr kleine Anzahl Provisorien des Budget gestiftet hatten, überlebt? Alle sind, in kurzen Zwischenzeiten, in der Verklärung der Pairswürde (alles meines Beifallzulachen) oder im Schoße des Staatsraths vor unsern Augen verschwunden, und haben in der Region der Steuerpflichtigen die fürchterliche Lawine der Lasten zurückgelassen, die für das Volk, durch eine ununterbrochene Reihe von Majoraten, oder vorzeitiger Ruhegehälter, immer zunimmt, und unter der man endlich unterliegen muß. (Lebhafter Eindruck.) Der Abgrund kann nicht mehr tiefer werden, und sie wissen, meine Herren, daß nur die strengste Sparsamkeit und eine Volksvertretung, deren Interesse es ist, jene einzuführen, seinen Eingang verschließen konnten. Man hat diejenigen, welche die Gefahr bezeichnen, als Biskonnäre behandelt. Ganz andere Rathschläge gingen durch, und die Auflage wächst beständig. Man begehrt uns ein Provisorium, das ein Budget von 890 Millionen ankündigt (das von 1820 belief sich auf 876 Millionen); dies ist aber eine offenbare Erdichtung. Durchgehen wir noch vollends alle Verwaltungskassen in Frankreich, so kommen wir mit einer Milliarde nicht aus. In der That, meine Herren, man staunt, wenn man die zuverlässliche Miene des Schächer, in Gegens

wart eines so belasteten Volks, sieht. Man sagte uns neulich (freilich verwarf man damals jeden Gedanken ans einstweilige): „Selbst das Ungeheure der Auflagen schmeichelt dem Nationalstolz.“ Sie aber, meine Herren, erstaunt über eine solche Zuversicht, wandten Ihre unruhigen Blicke nach ihren Departements hin; denn allenthalben fragte man sich: welcher Gedanke, welcher Nationalstolz belebt die Vertreter eines jüngst noch so großen Volkes, daß jetzt die Lücke auf der Weltkarte bloß durch ein unermessliches Budget ausfüllt? (Bravo links.) Man fordert von Ihnen 3 einstweilige Zwölftel! Öffnen Sie die Augen; sehen Sie doch endlich, daß eben dieses in alle Zweige des Verwaltungssystems eingebrungene Provisorium dasselbe emervot und austroket. (Beifallsbewegung links.) Provisorium im Kriegsdepartement . . . , das die Vollziehung eines durch Nationalbegeisterung gegebenen Gesetzes hindert, welches die Veteranen, Frankreichs Stolz, zu einem schönen Brevet gesammelt, und einer Menge in tausend Schlachten bewährter, nothleidender Offiziere ein ehrenvolles Unterkommen gesichert hätte. Der einstweilige Zustand des Kriegswesens hat somit Frankreich eines gegen mögliche, vielleicht nahe Ereignisse weit zuverlässigern und eines tapfern Volkes weit würdigern Schutzes beraubt, als ausländische Söldlinge sind, die das Land doppelt bezahlen muß. (Murren rechts; Unterbrechung.) Ich könnte noch beifügen, fährt der Redner fort: Provisorium im Auswärtigen . . . allein das, im Orient, von Henkern, Mörderbanden ungestraft vergossene Menschenblut, das Verzweiflungsgeschrei unserer Nachbarn, welche die Arme nach uns ausstrecken, und nun fremden Söldnern überliefert worden sind, das im Angesichte Frankreichs gesessene Gleichgewicht von Europa, unser Seehandel, der von den freien Völkern Südamerikas gehemmt, ja beinahe ausgeschlossen wird, während der unserer gewandten Nebenbuhler, bei den nämlichen Völkern, durch ein ganz entgegengesetztes Vorgehen, sich ausgedehnt hat, und mehr als je blüht, alles verkündet uns, daß dieser Fehler unseres politischen Lebens allein es uns zur Pflicht machte, eine Bürgschaft zu begehren, ehe wir die drei Zwölftel bewilligen u.

Der König hat gestern Nachmittags das Conseil der Minister präsidirt.

Eine Königl. Verordnung vom 26. d. ernennt den Herzog von Doudeauville, Pair von Frankreich, zum Gen. Direktor der Postadministration. — Durch eine Verordnung vom nämlichen Tage wird Hr. Dupleix de Meszy zum außerordentlichen Dienste im Staatsrathe, als Mitglied des 'Finanzkomite', berufen.

Der Eskadronschef Duvergier und der Lieutenant de la Verberie, Gefangene in St. Pelagie, ersterer wegen der Unruhen im Monat Jun., und letzterer wegen der Verschwörung vom 19. Aug. haben, dem Vernehmen nach, Mittel gefunden, aus ihrer gefänglichen Haft zu entkommen.

Der Gen. Polizeilieutenant zu Lyon, St. Martin

de Permon, gegenwärtig in Paris, hat um die Ermächtigung ange sucht, den Namen Commene, welcher der seiner Mutter, Laura Commene, ist, dem seinigen beizufügen, und sich künftighin de Permon Commene zu nennen.

Eine zu Marseille für den Bey von Tunis erbaute zweite Fregatte ist am 15. d. daselbst vom Stapel gelaufen.

Das Gen. Conseil der Bank von Frankreich hat den Dividenden des mit dem 31. d. zu Ende gehenden 2ten Semesters auf 41½ Fr. und die Reserve auf 5½ Fr. festgesetzt.

Die zu 5 v. h. konsolidirten Fonds standen gestern hier zu 85½ Fr.

#### R u ß l a n d.

Hamburger Zeitungen melden aus Petersburg vom 7. Dez.: Neulich trafen hier Nachrichten ein von dem Gouverneur in Grusien, Generallieutenant Beljaminow, aus Tiflis vom 7. Nov. datirt, wonach die in das türkische Gebiet in Asien eingerückten Perser sich der wichtigen Stadt Erzerum wirklich bemächtigt hatten, nachdem der Pascha von Bagdad, der dieselbe vergeblich zu verteidigen suchte, geschlagen worden war. Wie es heißt, befanden sich mehrere, vormalig französ. Offiziere bei der persischen Armee, mit welcher der zweite Sohn des Schachs, Prinz Mirza, diese Expedition unternommen hat. — Der Gen. Graf von Wittgenstein, der einige Tage in der Hauptstadt sich aufgehalten, ist in sein Hauptquartier nach Tuszyn wieder abgereiset. — Und aus Warschau vom 16. Dez.: Man hat hier Nachricht, daß die russischen Truppen sich in Bessarabien und in der Ukraine jetzt so konzentriert haben, daß sich unmöglich voraussehen läßt, sie könnten in diesen engen Kantonnirungen noch geraume Zeit verbleiben. Entweder müssen sie vorwärts oder in kurzem wieder zurück verlegt werden. Es scheint, daß man nur Befehl von Petersburg erwartet, um den Marsch anzutreten, und dort einem Kurier von Konstantinopel entgegensteht, um sich zu dem einen oder zu dem andern zu bestimmen.

#### T ü r k e i.

(Aus dem östreich. Beobachter vom 24. Dez.) Am 22. d. eingegangene Berichte von der Gränze von Dalmatien bestätigen die bereits von Konstantinopel aus gemeldeten Nachrichten von den Vortheilen, welche der (ganz kürzlich zum Pascha von Janina ernannte) Churschid Pascha über Ali Pascha davon getragen hat. Am 13. Nov. nahm Churschid die beiden Forts von Listarizza und La Sullia, die stärksten Aussenwerke von Janina, ein, und man erwartete mit großer Wahrscheinlichkeit, daß Ali Pascha in kurzer Zeit genöthigt seyn würde, sich zu ergeben, oder, wie man längst vermuthete, durch einen verzweifeltsten Entschluß dem Kampfe und seinem Leben ein Ende zu machen.

